

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1859

3.12.1859 (No. 293)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 3. Dezember.

N. 293.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1859.

Bur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.

Als sich der Sommer und der Herbst beriethen,
Was Jeder vor dem Scheiden noch dem Land
Als Freudengabe könnte freundlich bieten,
Geschah's, daß Jeder eine Gabe fand.

Wenn bald der Sommer muß dem Herbst weichen,
Schenkt er vorher den reichsten Festeskrantz,
Der als der treuen Liebe blühend Zeichen
Uns Friedrich's Wiege schmückt mit heiterm Glanz.

Das steht der Herbst, und will zurück nicht bleiben:
Auch ich bin reich, ich schen' gleich schönen Tag,
Oh' Winters rauhe Stürme mich vertreiben;
Advent mahnt mich daran mit Glockenschlag."

Und er hält Wort; denn schon zum vierten Male
Hat er für unser treu ergeb'nes Land
Zu Rheines sangerfülltem Segenssthal
Die Feier, die Luise gilt, gesandt.

Daß er noch oft uns diese Wonne schenke,
Begehrt den Tag mit frommer Herzlichkeit,
Und von der Mutter Wiege' der Schritt sich lenke
Zur Wiege, wo der Sprößling sie erfreut.

Dort, wo des Landes Zukunft sich entwebet,
Erfreuet Euch der schönen Gegenwart.
Um alle Drei der Friedensengel schwebet,
Das Glück lenkt Ihres Lebens Segensfahrt.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellung an auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

Der Abonnementpreis für diesen Monat beträgt in den Orten des Landpostbezirks Karlsruhe 42 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums 48 kr., für welche Beträge die einzelnen Nummern den Herren Abonnenten vollständig franco zugestellt werden.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 2. Dez. Wir sind in der Lage, unsern Lesern die von Seiten der hohen Ersten Kammer gestern Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog in feierlicher Audienz überreichte Adresse mittheilen zu können. Dieselbe lautet:

„Durchlauchtigster Großherzog,
Gnädigster Fürst und Herr!

Der landesväterliche Gruß, womit Eure Königl. Hoheit die neu versammelten Stände zu beglücken gerubten, trägt die Weihe eines Andenkens, das jedem Badener heilig ist.

Geboren durch die Erinnerung an den erleuchteten Geist Karl Friedrich's, naht die unterthänigste, treu gehorsamste Erste Kammer dem durchlauchtigsten Enkel und würdigen Erben seiner Krone, um Allerhöchst-Demselben für den huldreichen Empfang ihren wärmsten Dank ehrfurchtsvoll darzubringen.

Den gerechten und tiefen Schmerz, den Eure Königl. Hoheit über das Hinscheiden des in Gott ruhenden Hrn. Markgrafen Wilhelm Großherzoglichen Hoheit empfinden, kann außer dem Großherzoglichen Hause Niemand inniger theilen, als die getreue Erste Kammer.

Als ein Held von blutigen Schlachtfeldern zurückgekehrt, widmete der hohe Berewigte Seine rastlose Thätigkeit neben Seinem wichtigen militärischen Beruf den Arbeiten des Friedens. Insbesondere verehrte und liebte ihn die Erste Kammer seit dem Bestehen der Verfassung als ihren durchlauchtigsten Präsidenten.

Was der Hofstetige in so vielen Gebieten Gutes und Edles gewirkt, wird die Geschichte zu Seinem bleibenden Ruhm aufzeichnen.

Unbesorgten Blickes in die Zukunft haben wir die Geschäfte des letzten Landtags erledigt. Schwere Ereignisse haben diesen Blick getrübt und harte Prüfungen gebracht.

Eine deutsche Macht wurde unerwartet in die Nothwendigkeit gesetzt, nach langjährigem Frieden zu den Waffen zu greifen. Deutsches Recht und deutsche Ehre standen in Gefahr, ohne daß man überall in Deutschland vorbereitet, einig und entschlossen war, derselben entgegen zu treten.

Die Lichtseite jener peinlichen Lage ist die freudige Opfertreue und das Hochgefühl deutscher Kraft, das in richtiger Erkenntniß der nationalen Lage alle Herzen durchdrang, und zum Wettstreit in Erfüllung der verschiedensten Pflichten begeisterte.

Die Eure Königl. Hoheit diesen erhabenden Gemeingeist rühmend anerkennen, so hat anderer Seits das badische Volk mit ungeteilter Freude und Dankbarkeit auf's neue

sich überzeugt, daß sein erhabener und geliebter Fürst ihm in allen großen und edlen Gesinnungen vorangeht.

Ohne deutsche Hilfe wurde der Krieg beendet und die Gräuelt thaten blieben uns fern, aber die Besorgnisse für die Zukunft sind leider nicht verschwunden.

Nur die Befriedigung und Pflege des erwachten Nationalgefühls durch größere Einigung und Kräftigung des Bundes vermag uns gegen jeden Eingriff genügend zu schützen und dem deutschen Volke diejenige Stellung nach außen zu erringen, welche seiner Macht und Größe gebührt.

Daß Eure Königl. Hoheit kein Opfer scheuen, um die Erreichung dieses hohen Zweckes nach Kräften zu fördern, ist ein freudiges Bewußtsein, das uns Alle durchdringt.

Einen wiederholten Beweis dafür gibt der Antrag auf Herstellung eines Bundesgerichts.

Möge es gelingen, diese Einrichtung in ihrer wahren Bedeutung in's Leben zu führen, damit ein Schutz gegen Verletzungen des öffentlichen Rechts bestände und belagenerthe Wirren vermieden werden, wie solche da und dort den Frieden und das Vertrauen zwischen Fürst und Volk untergraben.

Zum Fortschreiten des Wohlstandes, der im Verein mit geselliger Freiheit und geistiger Entwicklung doppelten Segen bringt, trägt nicht wenig die unablässige Fürsorge bei, welche Eure Königl. Hoheit bei der Erweiterung der Schienenwege gnädigst zuwenden. Mit Zuversicht hoffen wir, daß es der großh. Regierung wie bei Waldshut, so auch an anderen Grenzen glücken werde, die noch fehlenden Verbindungen mit Nachbarstaaten der Natur der Verhältnisse und dem gegenseitigen Vortheil entsprechend zu bewirken.

Der Abschluß der Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle ist einer der folgenschwersten Staatsakte.

Durch die gnädigst verheißene Vorlage der Schriftstücke hoffen wir uns zu überzeugen, daß diese Uebereinkunft für das Wohl von Staat und Kirche und deren freie geistige Entwicklung heilsam sei.

Dem Scharfblick Eurer Königl. Hoheit ist nicht entgangen, daß der Friede zwischen Staat und Kirche, sowie die Eintracht unter den Einzelnen nicht von dem Vertrage allein abhängt, sondern durch den Sinn und Geist, der beim Vollzuge walten, wesentlich bedingt ist.

Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten. Mit Beobachtung der Gesetze soll Jedem das Seine zugetheilt werden. Eingedenk dieses hohen Grundgesetzes sehen wir Dem entgegen, was bezüglich der Wiedereinsetzung des vormals reichsunmittelbaren Adels in frühere Rechte und zur Beseitigung der Ungleichheit zwischen den grundherrlichen und den übrigen Gemeinden unserer Prüfung unterstellt werden wird.

Der befriedigende Zustand der Finanzen ist eine höchst erfreuliche Thatsache.

Erhöhte Ausgaben waren eine natürliche Folge der Vorbereitungen zum Kriege, und sie müssen unter genauer Beachtung aller damaligen, für die großh. Regierung so schwierigen Verhältnisse beurtheilt werden.

Der Wehrkraft Deutschlands die vollste Aufmerksamkeit zu schenken, ist eine dringende Forderung der politischen Weltlage. Die Vaterlandsliebe der Ersten Kammer wird selbst vor einem Mehraufwand nicht zurückweichen, der zu diesem Zwecke als notwendig und nützlich erkannt wird.

Unser Bestreben wird es auch auf diesem Landtage sein,

alle Vorlagen mit jener Gewissenhaftigkeit zu beraten, welche die Wichtigkeit unserer Aufgabe und die Pflichttreue gegen Fürst und Vaterland gebieten.

Gott erhalte und beschütze unsern durchlauchtigsten Großherzog und das Großherzogliche Haus!

Er segne unsere Thätigkeit!

Karlsruhe, den 30. November 1859.

Im Namen der unterthänigst treu gehorsamsten Ersten Kammer der Ständeversammlung:
Der Präsident:

Wilhelm Prinz von Baden.
Die Sekretäre:
H. Freiherr v. Stöckgen,
Freiherr v. Türrheim."

† Karlsruhe, 2. Dez. Sechste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Junghaus. Von Seiten der Regierung sind anwesend die Herren: Staatsminister des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Meyenburg; Staatsminister der Finanzen, Geh. Rath Regener, und Geh. Rath Frhr. v. Stengel, Präsident der Ministerien des Innern und der Justiz.

Der Präsident theilt der Kammer mit, daß Se. Königl. Hoh. der Großherzog gestern die zur Ueberreichung der Dankadresse bestimmte Abordnung (bestehend aus dem Bureau der Kammer und den Abgg. Artaria und de Haan) gnädigst zu empfangen geruht und dieselbe beauftragt haben, der Kammer zu eröffnen, daß Se. Königl. Hoheit gerne die Versicherung der Treue und Ergebenheit derselben vernommen haben, und sich der Hoffnung hingeben, daß in gleichem Sinne und Geiste gegenseitigen Vertrauens die Verhandlungen des Landtags werden geführt werden, und der Kammer für die in der Adresse ausgesprochenen Gesinnungen der Ehrfurcht und Theilnahme für das fürstliche Haus danken.

Auf Antrag des Abg. Knittel wird beschlossen, die von der Kammer überreichte Adresse durch den Druck zu veröffentlichen, und wir sind in den Stand gesetzt, deren Wortlaut in Folgendem mitzutheilen:

„Durchlauchtigster Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

Nach einer für unser deutsches Vaterland ereignisreichen, verhängnisvollen Zeit haben Eure Königl. Hoheit Ihre getreuen Stände wieder versammelt. Die Abgeordneten zur Zweiten Kammer nahen sich mit tiefster Ehrfurcht den Stufen des Thrones, um im Namen des Volkes, welches sich in diesen Zeiten der Gefahr mit festem Vertrauen um seinen angefallenen, wahrhaft deutschgesinnten Fürsten scharte, die Huldigungen der Liebe und die heiligen Versicherungen unwandelbarer Treue dankbar niederzulegen.

Wenn wir auch die Segnungen des Friedens nicht verkennen, so blicken wir doch mit begründetem Stolze zurück auf die glühende Vaterlandsliebe, die auf dem Throne, wie in der Hütte, als begeisterte Opfertreue zu Tage trat, und wahrlich eines dem Hochgefühl deutscher Kraft besser entsprechenden Erfolges würdig gewesen wäre.

Die Nachweisungen über die durch die Kriegsgefahr herbeigeführten Ausgaben werden wir mit der erforderlichen Rücksichtnahme auf die außerordentliche Veranlassung aufmerksam prüfen.

nd Epobr's
Pettentofen
n säbtrichen
wegen seiner
schöff, ge-
Ernährung
sien viel t
dres greifen
bel hielt ei-
Kaiserzeit.
er der Ma-
and dahier
Der Herzog
die Illumi-
nem Chef der
n Techniker.
traf hier
die Bestun-
n, besichtigte
mentsvor-
stes Ihrer
bei festlich
rich von
Kleisi.
ür Flohholz
ur genann-
vorgenom-
te unberück-
dabin bei
eingelehen
übiger-
baumstern
gefordert.
Eheilungs-
stlich anzu-
stufeninventur
sie genom-

Bar-
fabrikanten
dahier, be-
schreiben Nr.
atistische Al-
len, jedoch
aben verlo-
unter Be-
un vor dem

Die h
de dem hie-
n adressir-
Beförderung
droftheuteil
der dahier
erde, welche
Schluß hat.
Staats-
3555 und
om 1. April
Rahndung
noch unde-
rderung.)

appelrodek,
stehabid.
ufforderung
rübcl von
Diebstahls,
Gestrafen des
ist, ange-
invernahme
ermegen das

(Auffor-
di, Soldat
klaubt von
halb aufge-
ndo zu stel-
er persönl-
staats- und
ad in eine
blag belegt.
e hilsen-
ist erledigt.
stabile Be-
den.
intritt kann
schuppig.)

Die h
de dem hie-
n adressir-
Beförderung
droftheuteil
der dahier
erde, welche
Schluß hat.
Staats-
3555 und
om 1. April
Rahndung
noch unde-
rderung.)

appelrodek,
stehabid.
ufforderung
rübcl von
Diebstahls,
Gestrafen des
ist, ange-
invernahme
ermegen das

(Auffor-
di, Soldat
klaubt von
halb aufge-
ndo zu stel-
er persönl-
staats- und
ad in eine
blag belegt.
e hilsen-
ist erledigt.
stabile Be-
den.
intritt kann
schuppig.)

Die h
de dem hie-
n adressir-
Beförderung
droftheuteil
der dahier
erde, welche
Schluß hat.
Staats-
3555 und
om 1. April
Rahndung
noch unde-
rderung.)

appelrodek,
stehabid.
ufforderung
rübcl von
Diebstahls,
Gestrafen des
ist, ange-
invernahme
ermegen das

(Auffor-
di, Soldat
klaubt von
halb aufge-
ndo zu stel-
er persönl-
staats- und
ad in eine
blag belegt.
e hilsen-
ist erledigt.
stabile Be-
den.
intritt kann
schuppig.)

Die h
de dem hie-
n adressir-
Beförderung
droftheuteil
der dahier
erde, welche
Schluß hat.
Staats-
3555 und
om 1. April
Rahndung
noch unde-
rderung.)

appelrodek,
stehabid.
ufforderung
rübcl von
Diebstahls,
Gestrafen des
ist, ange-
invernahme
ermegen das

(Auffor-
di, Soldat
klaubt von
halb aufge-
ndo zu stel-
er persönl-
staats- und
ad in eine
blag belegt.
e hilsen-
ist erledigt.
stabile Be-
den.
intritt kann
schuppig.)

Die h
de dem hie-
n adressir-
Beförderung
droftheuteil
der dahier
erde, welche
Schluß hat.
Staats-
3555 und
om 1. April
Rahndung
noch unde-
rderung.)

Eure königliche Hoheit haben bei der Bundesversammlung zur Erhöhung des Reichthums in Deutschland die Herstellung eines ständigen Bundesgerichtes in Antrag gebracht.

Wir begrüßen mit dankbarer Freude dieses, sowie jedes andere Streben nach dem heißersehnten Ziele fester Einigung.

Gerne geben wir uns der Hoffnung hin, daß es dem gemeinsamen guten Willen und der richtigen Erkenntniß unlängbarer Bedürfnisse gelingen werde, einen selbständigen, unabhängigen und nach allen Seiten hin Vertrauen erweckenden Gerichtshof zu gründen. Werden Einrichtungen bestehen, welche unverkürztes Recht und kräftigen Vollzug verbürgen, so werden dauernde Störungen des öffentlichen Rechtszustandes, wie wir sie noch immer in einigen Bundesstaaten, namentlich in Kurhessen und Holstein, zu beklagen haben, nicht mehr möglich sein. Mit dem Gefühl fester Rechtsicherheit wird ein neu erwachtes Vertrauen die Herzen aller deutschen Stämme erwärmend durchziehen und wohlthätig die weiteren Schritte anbahnen zu größerer Einigung und damit zu jener Machtstellung, welche Deutschland gebührt, und allzulange schon schmerzlich vermisst wird.

Mit Veruhigung nehmen wir wahr, daß die Ereignisse dieses Jahres den wachsenden Wohlstand des Landes nicht zu erschüttern vermochten. Schreiten daneben gesetzliche Freiheit und geistige Entwicklung ungehindert vorwärts, so sind wir berechtigt zu dem freudigen Bewußtsein, daß die höchsten Güter des Volkes auf einem festen Grunde ruhen.

Mit Befriedigung erfahren wir, daß auch die öffentlichen Bauten durch die Kriegsbedrohung nur eine kurze Unterbrechung erlitten haben. Die wichtige Fortführung unserer Staatsbahn von Waldsput in das Herz der Schweiz wird ohne Zweifel in gleichem Maße deren Ertrag, wie die volkswirtschaftlichen Interessen befördern.

Das Land steht mit Vertrauen dem weitem Erfolge der Bemühungen entgegen, womit die Großherzogliche Regierung die andern nachbarlichen Verbindungen anstrebt, damit möglichst bald der Wohlstand aller Landestheile durch Belebung des Verkehrs erhöht werde.

Die zur Befestigung des Kirchenstreites mit dem päpstlichen Stuhle getroffene Vereinbarung greift auf das tiefste in die Verhältnisse des Landes ein. Wir werden sie mit der durch ihre Bedeutung gebotenen ernstlichen Aufmerksamkeit einer gewissenhaften Prüfung und freimüthigen Beurtheilung unterziehen.

Eure königliche Hoheit haben zur Befriedigung der von Mitgliedern des vormals reichsunmittelbaren Adels angesprochenen Rechte provisorische Gesetze zu erlassen geruht. Wir hoffen, daß die bezüglichen Vorlagen eine gerechte, der Verfassung und den Forderungen der Zeit entsprechende Erledigung finden werden.

Mit Freude vernehmen wir, daß die Finanzen des Staats sich in einem befriedigenden Zustande befinden. Wir leben in einer Zeit, wo nicht mit Sicherheit auf ununterbrochene Fortdauer solcher günstigen Ergebnisse zu rechnen ist. Wir werden in vereinter Fürsorge mit der Großherzoglichen Regierung dahin zu wirken streben, daß auch bei minder günstigen Umständen die Lasten nicht zu drückend werden.

Der Aufwand für die Kriegsverwaltung hat bereits eine für die Kräfte unseres Landes sehr bedeutende Höhe erreicht. Die Vorlage, in der für Verbesserung mancher Einrichtungen weitere Beträge gefordert sind, werden wir mit strenger Gewissenhaftigkeit prüfen.

Die verschiedenen, durch das Interesse des Staates bedingten Gesegenswürfe werden wir einer reiflichen Beratung unterziehen.

An dem schmerzlichen Verluste, den unser hohes Fürstenthum durch den tief betrübenden Hingang Seiner Großherzoglichen Hoheit des Herrn Markgrafen Wilhelm erlitten, hat das badische Volk den aufrichtigsten und innigsten Antheil genommen. Diese allseitige Theilnahme ist eine tief begründete. Das Land verlor einen der ruhmvollsten Führer seines Heeres, einen mit reicher Erfahrung und klarem Wissen ausgerüsteten Fürsten, der als verfassungstreuer Rathgeber an dem Throne, sowie als hervorragender Theilnehmer an dem Wirken der Stände und als leuchtendes Vorbild landwirthschaftlicher Thätigkeit in der Mitte des Volkes stand. „Ehre und Friede sei seinem Andenken!“ Diese von Eurer königlichen Hoheit auf dem Throne gesprochenen Worte finden ihren lauten Widerhall im ganzen Lande.

Wir beginnen unsere Arbeiten mit unerschütterlichem Vertrauen auf den erhabenen Esel des größten Wohlthäters des badischen Volkes, und geben uns mit Eurer königlichen Hoheit der freudigen Hoffnung hin, daß der erleuchtete Geist Karl Friedrich's, der die Bedürfnisse seiner Zeit wie kaum je ein anderer Fürst erfaßte, auf unserer Thätigkeit ruhen und sie zum Wohle des theuern Vaterlandes leiten werde.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1859.

Der Herr Staatsminister des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten legt der Kammer zur Kenntnissnahme und, so weit die Zustimmung derselben erforderlich ist, zur Zustimmung die seit dem letzten Landtage Namens des Zollvereins mit auswärtigen Staaten abgeschlossenen Verträge vor, nämlich: 1) Den Freundschafts- und Handelsvertrag mit Persien; 2) die Additionalkarte zu dem schon früher mit den vereinigten Staaten der Jonischen Inseln abgeschlossenen Handelsvertrage; 3) den Handels- und Schiffahrts-Vertrag mit den Staaten der Argentinischen Konföderation.

Der Herr Staatsminister der Finanzen legt der Kammer vor: 1) Die auf der letzten Generalkonferenz des Zollvereins beschlossene und bereits durch provisorisches Gesetz eingeführte Revision des Vereins-Zolltarifs; 2) einen Gesegenswurf, welcher die Aufhebung der authentischen Erklärung vom 18. Nov. 1817 zu §. 96 der Aciordnung bezweckt. Diefelbe erklärte, daß Aiterben, welche aus der Erbmasse vor vollendeter Theilung derselben in öffentlicher Versteigerung Liegenschaften erwerben, dann, wenn die Versteigerung nicht

wegen Konkurrenz minderjähriger Erben eintreten mußte, unabhängig von der Erbschaftsaccise auch die Liegenschaftsaccise zu entrichten haben.) 3) Einen Gesegenswurf, welcher eine neue Redaction des Kapitalsteuer-Gesetzes enthält. Es wurden hierüber schon auf dem Landtag von 1855 Verhandlungen gepflogen, und der vorliegende Entwurf beabsichtigt nach den Erklärungen des Hrn. Staatsministers die Milderung und nähere Bestimmung der im Gesetz vorgeschriebenen Strafen, die Entfernung von Dunkelheiten desselben und Milderungen in der Besteuerung einzelner Gegenstände.

Der Abg. Schaaff erhebt sich hierauf, um dem jüngst verstorbenen ehemaligen Mitgliede des Landtags, Daniel Böcker von Lahr, folgende Worte zu widmen:

Meine Herren! Der Tod macht seine Ernte unter den Veteranen unseres parlamentarischen Lebens. Vor drei Tagen ist Fabrikant Daniel Böcker in Lahr zu den Vätern versammelt worden. Er war diesjähriges thätiges Mitglied der Zweiten Kammer. Schon auf dem ersten Landtag, den die Verfassung ins Leben rief, hatte derselbe seinen Sitz in diesem Hause. 40 Jahre sind nun verflossen, seit der Abg. Böcker hier seine Motion auf Abschaffung eines Instituts begründete, das unsere heutige Generation kaum noch dem Namen nach kennt, während es damals noch schwer auf der Bevölkerung des Großherzogthums, vor Allem schwer auf dem Landvolk lastete, die Motion auf Abschaffung der Landes- und der Herrenstufen, letztere gegen Entschädigung der Berechtigten. Meine Herren! Sie erfüllen einen Akt der Pietät, indem Sie den Namen des Verewigten eine anerkennende Erinnerung weihen. Die ganze Kammer gibt durch Erhebung von ihren Sigen ihre Zustimmung.

Der Abg. Kapferer beantragt, von den Abgg. Fingado und Krausmann unterstützt, die Verstärkung der Zollkommission um zwei Mitglieder, und wird dieser Antrag zum Beschluß erhoben.

Der Abg. Fröhlich weist auf die allgemeine Begeisterung hin, welche die Ereignisse des verflossenen Frühjahrs in Deutschland hervorgerufen haben, und an welcher auch das badische Volk in ehrenvoller Weise Theil genommen. Wenn auch die Wogen derselben sich etwas gelegt haben, so herrscht doch überall noch die Ueberzeugung von der Dringlichkeit der Begründung jenseitigen gemeinsamen Einrichtungen, welche die Macht und Einheit Deutschlands bedingen; und da die Konferenzen deutscher Staatsminister, welche eben erst in Würzburg getagt haben, nach den in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten Beratungen über die Einführung derartigen Anstalten zum Zweck hatten, so stellt der Abgeordnete an die großh. Regierung die Anfrage, warum sie sich von diesen Konferenzen fern gehalten habe?

Der Hr. Staatsminister des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Febr. v. Meysenbug, nimmt keinen Anstand, diese Anfrage sofort zu beantworten und sich bei diesem Anlaß über die Stellung der Regierung zu dieser Frage überhaupt zu äußern. Er erkennt die Weiterführung der durch die Bundesakte gegebenen Grundlagen des Bundes als ein allgemeines, dringendes und unlängbares Bedürfnis an. Allein es ist die Ansicht der Regierung, daß diese Fortentwicklung der gemeinsamen Bundeseinrichtungen durch das gesetzliche Organ, die Bundesversammlung, erfolgen muß, und daß dieses Organ auch den zu lösenden Aufgaben genügend zu entsprechen vermag, wenn nur das Vertrauen zu diesem Organ durch eine eingreifendere Wirksamkeit desselben, als die seitherige war, wieder erweckt wird. Der Weg der Regierung ist daher der, einzelne der nothwendigen Einrichtungen zu bearbeiten, etwa mit andern Staaten, die gleiches Interesse haben, zu berathen, und völlig durchgearbeitete, ausführbare Vorschläge an die Bundesversammlung zu bringen, wie sie dies bereits mit dem Vorschlag eines ständigen Bundesgerichts gethan hat. Es wird nicht übersehen, wie schwerfällig und langsam dieser Weg ist; allein er erscheint bei der gegebenen Bundesverfassung als der einzig praktische, und hat wenigstens den Vorzug, daß man in Fällen, wo Nichts erreicht wird, klar sieht, an wem die Schuld liegt.

Der Hr. Staatsminister geht nun auf die Versuche über, welche neulich zu dem gemeinsamen Zweck im Weg der Konferenzen einzelner Staaten gemacht worden sind. Er berichtet zunächst die Angaben der Presse über die Konferenzen zu München, soweit es ihm die Vertraulichkeit der Mittheilungen, die er erhalten, gestattet, dahin, daß es sich bei denselben zunächst um Reform der Bundes-Kriegsverfassung handelte, und bemerkt, wie die Revision derselben bereits im Jahr 1853 von der Bundesversammlung beschlossen worden sei, also die nächste Pflicht der einzelnen Staaten die sei, auf eine raschere Thätigkeit im Vertriebe dieser längst begonnenen Arbeit bei der Bundesversammlung selbst hinzuwirken. Ein weiterer Gegenstand der Münchener Konferenzen sei die Selbständigkeit der einzelnen Regierungen gegenüber von Mehrheitsbeschlüssen der Bundesversammlung gewesen; allein die Frage, in welchen Fällen die einzelnen Staaten sich den Beschlüssen der Mehrheit zu unterwerfen haben, sei durch das Bundesrecht festgestellt, und die Regierung habe daher nicht geglaubt, sich an einer allgemeinen theoretischen Beleuchtung derselben betheiligen zu sollen, um so mehr, da eine derartige Behandlung der Frage Veranlassung zu neuen Schwierigkeiten geben könne.

Ebenso hat der Hr. Staatsminister aus dem ihm mitgetheilten Verzeichniß der auf den Würzburger Konferenzen zu behandelnden Fragen entnommen, daß dieselben entweder schon bei der Bundesversammlung selbst anhängig sind, oder solche sind, die einer genaueren Prüfung und Vorbereitung bedürfen, wie sie an einem Orte, an dem der hierzu nöthige Stoff gänzlich mangelt, nicht möglich ist, oder daß sie zu einer gemeinsamen Berathung, welche ein praktisches Ergebnis liefern soll, nicht geeignet sind. Endlich hatte derselbe wegen des in derselben Zeit erfolgten Zusammentritts der Kammern näher, nicht zu versäumende Pflichten.

Der Hr. Staatsminister verkennt dabei nicht, wie die Abhaltung derartigen Konferenzen bei einzelnen, schon gehörig vorbereiteten Fragen zur Ausgleichung der letzten Schwierigkeiten höchst wünschenswert sein könne.

Er spricht sein Bewußtsein aus, wie Baden da, wo es sich um wirkliche Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten handelt, bis jetzt nicht zurückgeblieben ist, und seine Ueberzeugung, daß es auch in Zukunft nach dem Maß seiner Kräfte nicht zurückbleiben wird, mag ein Vorgehen auf dem geordneten Weg der Bundesversammlung oder eine gemeinsame Verständigung mit andern Staaten außerhalb derselben geboten sein; aber den letztern Weg werde es nur dann einschlagen, wenn er praktische Erfolge verspreche, denn solche erwarte und bedürfe die Gesamtheit.

Der Abg. Fröhlich hält durch die Antwort des Hrn. Ministers die Absicht seiner Frage für vollständig erbracht.

Der Abg. Bissinger: Es ist wohl Manchem aufgefallen, daß die badische Regierung die Konferenzen in Würzburg nicht besichtigt habe, und die Frage häufig gehört worden, ob es klug sei, daß, da alle übrigen um unser Land liegenden Staaten Antheil genommen haben, Baden sich gewissermaßen isolire. Allein wenn man die heutige Erklärung des Hrn. Ministers mit dem Inhalt der Thronrede und den in geheimer Sitzung bei Verhandlung der Dankadresse abgegebenen Erklärungen zusammenhalte, so müsse man anerkennen, daß die großh. Regierung eine echt deutsche Politik verfolge. Redner trägt darauf an, daß die Erklärung des Hrn. Ministers des Auswärtigen wörtlich in das Kammerprotokoll aufgenommen werde.

Der Abg. Blankenhorn erklärt, daß durch diese Improvvisation die Berathung über die deutsche Frage nicht erschöpft sei, indem sich noch eine andere Gelegenheit zu ausführlicherer Behandlung derselben ergeben werde; derselbe freut sich übrigens, daß die Regierung die Würzburger Konferenzen nicht besichtigt habe, da er von solchen Konferenzen keine Förderung der deutschen Einheit, sondern eher das Gegentheil erwarte.

Das Sekretariat berichtet, daß folgende Petitionen eingelaufen sind:

1) Der Maria Kreszenz Reidhart, Ehefrau des Weisgerbers Valentin Dickminder von Engen, gegen Michael Seeger, Thomas Ganter's Witwe, und das Gewärb- und Pfandgericht Hummel und Konzorn, wegen unrechtmäßiger und thätlicher Entziehung von Grundeigenthum;

2) Mehrerer Bürger von Schutterwald, um Einleitung einer Untersuchung gegen Zehntredner Joseph Bürkle von da, wegen Fälschung öffentlicher Urkunden.

Der Präsident macht der Kammer bekannt, daß Ihre königl. Hoheit die Großherzogin nach einer Mittheilung des Oberkammerherren-Amtes der Kammer für die Absicht, durch eine Abordnung ihre Glückwünsche zu Allerhöchstem Geburtsfest darzubringen, danke, übrigens noch nicht in der Lage sei, eine solche Abordnung zu empfangen.

Der Abg. Wähler berichtet gemäß der Tagesordnung im Namen der Kommission für Prüfung der Rechnung des Archivars, und wird auf seinen Antrag dem Rechnungsrath Goldschmidt, unter Anerkennung seiner pünktlichen Rechnungsführung, das Abolutorium von der Kammer ertheilt.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 7. Dez. an, und schließt die öffentliche Sitzung.

Deutschland.

Heidelberg, 1. Dez. Nach dem so eben erschienenen Personalverzeichnis der Universität beträgt in dem bereits begonnenen Wintersemester die Zahl der immatriculirten Studierenden an dieser Universität 548 (370 Nicht-Badener, 178 Badener). Sie vertheilen sich nach den Fakultäten in folgender Weise: Theologen, einschließlich der 19 Mitglieder des evangelisch-protestantischen Predigerseminars, 69 (N.-B. 30, B. 59); Juristen 245 (N.-B. 223, B. 22); Mediziner, Chemiker und Pharmazeuten 110 (N.-B. 64, B. 46); Kameralisten 31 (N.-B. 2, B. 29); Philosophen und Philologen 73 (N.-B. 51, B. 22). Weiter sind noch anzuführen 35 Personen reiferen Alters, welche die akademischen Vorlesungen besuchen, unter welchen 20 Nicht-Badener und 15 Badener sind, und weiter 27 hier konditionirende Chirurgen und Pharmazeuten, von welchen 14 Nichtbadener und 13 Badener sind. Es nehmen somit im Ganzen 610 an den Vorlesungen Theil. Im vorigen Sommersemester betrug die Zahl der immatriculirten Studenten 575 (N.-B. 422, B. 153), und die Gesamtanzahl 640 (N.-B. 458, B. 182). Das laufende Semester zählt also im Ganzen 30 Studirende weniger. Dabei ist jedoch noch anzuführen, daß das Wintersemester in der Regel etwas weniger stark besucht wird, als das Sommersemester.

Lahr, 1. Dez. (Hrbrg. Jtg.) Gestern Mittag starb dahier Hr. Daniel Böcker, ein in weiten Kreisen bekannter und beliebter Mann. Obwohl schon länger leidend und des Augenlichts fast gänzlich beraubt, erfolgte sein Tod doch plötzlich und unerwartet für seine Familie, seine vielen Freunde und die hiesige Stadt, zu deren strebhaftesten Bürgern er von jeher gehört hatte. Dafür zeugen seine großen, im schönsten Flore stehenden Fabriken dahier, bei Bensfelden und in Achern, die bekanntlich zu den ausgeheutesten Badens und des Elsaßes gehören. Lange Jahre war er Abgeordneter des Oberamts Lahr in der Zweiten Kammer der Landstände und erfreute sich auch des besondern Wohlwollens des Großherzogs Leopold, welcher ihm 1838 das Ritterkreuz des sächsischen Königs-Ordens verlieh. Seit zehn Jahren hatte er sich von der Theilnahme an öffentlichen Geschäften zurückgezogen. Er erreichte, soweit uns bekannt, ein Alter von 74 Jahren.

V Aus dem Oberrheinkreis, 1. Dez. Mit aufrichtiger Freude lesen wir fortan in den verschiedenen Blättern unseres Landes die Nachrichten über den raschen Fortgang der Eisenbahn-Bauten; und wir glauben, daß man der großh. Regierung in allen Theilen des Landes dankbar dafür ist, daß sie sich bemühte, das auf dem letzten Landtag zu Stande gekommene Eisenbahn-Gesetz, obgleich dasselbe nicht in allen Beziehungen der Regierungsvorlage entspricht, soweit nur immer thunlich zum Vollzug zu bringen. Daß die Verhandlungen mit Bayern über die Zuglinie der Deut-

waldbau voraus...
Berhan...
Erfreul...
rung di...
die Ver...
schwier...
erkennen...
bahn vo...
setzung...
noch zu...
De...
sehen...
liche W...
wird...
schen N...
bei Wa...
die erzi...
wartung...
der Eise...
großh...
wie wir...
in der...
gerecht...
wändig...
Gebiet...
rende J...
nach der...
schweize...
gangsve...
viel fof...
Alle...
wir in...
von D...
Grund...
keit den...
Man v...
durch d...
halbe S...
entspred...
Baden...
rentabel...
wird, d...
des heri...
etablis...
man ve...
einzig...
leiste...
Ein...
Berlang...
eine Hof...
der w...
Zeit ver...
im Inte...
gegen d...
den...
nachgibt...
von Eise...
und viel...
liche U...
Schweiz...
Gescheit...
Seit a...
mit Um...
nach Ko...
Eisenba...
Wetbrau...
Folge...
halten...
nur auf...
seinen...
Wü...
Die W...
heit alle...
man sich...
ordnung...
wohl an...
abredun...
Bunde...
auf dem...
druck die...
von An...
d u r c h...
an w...
der Bur...
zu gela...
Kraft h...
entschlo...
Bundes...
dem Bu...
durch...
zweifelt...
Vorwür...
macht...
nicht...
verfamm...
ein er...
gefesselt...
in Deut...
tololl...
sich au...
hätten...
Fran...
wurde...
einigung...
Dedun...

waldbahn auf Schwierigkeiten stoßen würden, konnte man voraussehen, und man war deshalb nicht überrascht, als die Verhandlungen in neuester Zeit gänzlich abgebrochen wurden. Erfreulich war es aber, wahrzunehmen, daß die große Regierung die Bauten in Heidelberg so bald beginnen ließ, als dies die Verhältnisse gestatteten, und daß sie dieselben an den schwierigen Stellen bis Mosbach fortsetzen läßt. Eben so anerkennenswerth ist die rasche Förderung des Baues der Eisenbahn von Durlach bis Pforzheim, wenn gleich über die Fortsetzung bis Mühlacker eine Vereinbarung mit Württemberg noch zu erwarten steht.

Der günstige Fortgang der Bauten bei Rehl läßt voraussehen, daß im nächsten Jahr schon die für unsere Bahn so nützliche Verbindung mit den französischen Bahnen hergestellt sein wird. Die am meisten zu wünschende Verbindung der badischen Rheinthal-Bahn mit der schweizerischen Nordost-Bahn bei Waldshut ist bekanntlich schon geraume Zeit bewirkt und die erzielten Vortheile blieben nicht hinter den gehegten Erwartungen zurück. Auch zu einem baldigen Zustandekommen der Eisenbahn zwischen Waldshut und Konstanz ist von der großen Regierung bisher alles Mögliche geschehen; ja man ist, wie wir glauben, zu Erzielung des vorgelegten Zweckes und in der wohlmeinenden Absicht, auch den obern Landesstellen gerecht zu sein, vielleicht weiter gegangen, als absolut nothwendig war. Man hat die kürzere, größtentheils badisches Gebiet berührende und mit weit geringeren Kosten auszuführende Zuglinie durch das Wangenthal aufgegeben, und dafür nach dem Wunsch der Schweizer Behörden die Linie durch das schweizerische Klettgau gewählt, obgleich diese in ihren Steigungsverhältnissen weit ungünstiger und daher für den Betrieb viel kostspieliger ist.

Alle diese bedeutenden Opfer werden nun aber, wie wir insbesondere aus den Schweizer Blättern ersehen, von Denjenigen nicht mehr beachtet, welche früher allen Grund hatten, sich darüber zu freuen, daß ihre Beharrlichkeit den Sieg über die Nachgiebigkeit Badens errungen hat. Man verlangt nun schweizerischer Seite, daß die Zuglinie durch das Klettgau zu Gunsten der Orte Hallau noch um eine halbe Stunde verlängert und der Bau- und Betriebsaufwand entsprechend vermehrt werde; ja man geht sogar so weit, Baden in Benutzung der kostspieligen, wahrscheinlich wenig rentabeln Bahn noch beschränken zu wollen, indem verlangt wird, daß die projektirte Station bei Reuhausen, in der Nähe des berühmten Rheinfalls und mehrerer großartigen Gewerbe-Etablissements, zu Gunsten der Stadt Schaffhausen unterbleibe; man verlangt also mit andern Worten, daß Baden auf die einzige Quelle der Rentabilität dieser Bahn geradezu Verzicht leiste.

Ein solches, alles Maß der Billigkeit weit übersteigende Verlangen hat bei uns, und wir glauben im ganzen Lande, eine wahre Entrüstung hervorgerufen, und wir überlassen uns der Hoffnung, daß die große Regierung sowohl, als die zur Zeit versammelten Stände im materiellen Interesse, ja selbst im Interesse der Ehre unseres Landes in der Nachgiebigkeit gegen die Schweiz auch nicht einen Schritt weiter gehen werden. Es ist zwar ein altes Sprichwort, „daß der Geheißte nachgibt“; allein Baden hat, wie wir glauben, bei dem Abschluss von Eisenbahn-Verträgen mit dem Auslande schon so oft und viel nachgegeben, daß es ohne Gefährde für das öffentliche Urtheil über seine Einsicht in dem vorliegenden Fall den Schweizer Behörden wohl die Ehre einräumen kann, als die Geheißten erkannt zu werden. Sollte man schweizerischer Seite aus dem erwähnten Verlangen beharren, so baue man mit Umgehung des Schaffhauser Gebiets durch unser Land nach Konstanz. Die dadurch erwachsende Verzögerung der Eisenbahn-Verbindung mit dem Bodensee und der entstehende Mehraufwand wird leichter getragen werden, als die mögliche Folge, daß man sich im Auslande zu dem Glauben berechtigt halten könnte, man müsse bei Vertragsabschlüssen mit Baden nur auf seinem Verlangen beharrlich bestehen bleiben, um seinen Willen durchzusetzen.

Würzburg, 29. Nov. Man schreibt der „Zf. P. 3.“: Die Würzburger Konferenzen sollen zur Zufriedenheit aller Theilnehmenden geendet haben. Wie man hört, hat man sich dort über alle Gegenstände, welche auf die Tagesordnung gebracht worden sind, verständigt, und wird darüber wohl auf dem Wege der Korrespondenz die getroffenen Vereinbarungen formuliren; daraus würden alsdann Anträge am Bunde hervorgehen. Es scheint nämlich die Absicht zu sein, auf dem bundesgesetzlichen Wege mit allem Ernste und Nachdruck die Lösung aller Aufgaben zu erstreben, die sich der Bund von Anfang an gestellt hat, also insofern Alles für, aber auch durch den Bund. Man wird wohl zur Einsicht gelangt sein, an welchem Hinderniß im Bunde selbst bisher jeder Versuch der Bundesversammlung, zu jener erprießlichen Wirksamkeit zu gelangen, zu der sie den Verfaß, die Mittel, und auch die Kraft hat, gescheitert ist, und in Folge davon wird man fest entschlossen sein, den Beweis zu liefern, daß in den übrigen Bundesstaaten föderativer Wille und auch die Kraft liege, dem Bunde die Wirksamkeit zu sichern, in der er bisher nur durch Großmachtsbestrebungen gehindert worden ist. Man zweifelt wohl nicht mehr daran, auf diese Weise sehr bald Vorwürfe, die bisher der Bundesversammlung mit Recht gemacht wurden, zu beseitigen, und den Beweis zu liefern, daß nicht der Organismus des Bundes, auch nicht die Bundesversammlung, sondern bestimmte Bestrebungen einer [bloß ein?] Regierung die Entwicklung des föderativen Lebens gehindert und die Erreichung allgemein nützlicher Einrichtungen in Deutschland durch den Bund verhindert haben. Ein Protokoll soll auf den Konferenzen nicht geführt worden sein, die sich auf die Form vertraulicher Besprechungen beschränkt hätten.

Frankfurt, 1. Dez. (N. 3.) Bundestags-Sitzung. Die Eingabe der kurhessischen Zweiten Kammer wurde vorgelegt. Der kurhessische Ausschuss beantragte Vereinigung mit dem Ausschuss zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung von 1851. Die Abstimmung ward ausgesetzt.

Kassel, 30. Nov. (Kass. 3.) Der Stadtrath zu Marburg und 190 Bürger von Gelnhausen haben an die Zweite Kammer Zustimmungsadressen bezüglich der Schritte zur Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gerichtet.

Hannover, 30. Nov. Die „N. Hannover. Ztg.“ bringt folgende offiziöse Berichtigung:

Berichtete in's Nothe schillernde Blätter gefallen sich darin, die Nachricht von einer Spannung zwischen dem k. preussischen und dem hiesigen Hofe zu verbreiten. In den Kreisen aber, in welchen darüber die sicherste Kunde erwartet werden darf, ist Nichts davon bekannt. Es scheint daher, als würde eine solche Spannung gewissen Parteibestrebungen sehr willkommen sein, und als bildeten sich die Korrespondenten, welche diesen Bestrebungen dienen, ein, eine solche Spannung zurecht erfinden und schreiben zu können.

Berlin, 30. Nov. Die Nachrichten über das Befinden Sr. Maj. des Königs lauten heute etwas günstiger, als in den letzten Tagen. Namentlich soll das Fieber in der Besserung begriffen sein. Der Plan in Betreff einer Reise Sr. Majestät nach England ist vorerst aufgegeben. — Wie verlautet, ist die definitive Wiederbesetzung des Kriegsministeriums binnen kurzem zu erwarten. Als Kandidaten für diesen Posten bezeichnet man neben dem General v. Noon, Kommandeur der 14. Division, noch die Generaleutnanten v. Herrmann und Vogel v. Falkenstein. Ersterer kommandirte früher die 3. Division in Stettin, ist aber seit dem vergangenen Frühjahr zur Wiederherstellung seiner etwas angegriffenen Gesundheit auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Letzterer ist Kommandeur der 5. Division in Frankfurt a. O. Nach den uns zugekommenen Mittheilungen hat indessen die Ernennung des Generals v. Noon die meiste Wahrscheinlichkeit für sich. Da der Rücktritt des Hrn. v. Bonin ganz unzweifelhaft mit der militärischen Reformfrage in Verbindung steht, und Hr. v. Noon als Miturheber der neuen Reorganisationspläne bekannt ist, so würde in seiner Wahl zugleich der Beweis liegen, daß die Aenderung in der Leitung des Kriegsministeriums keineswegs als eine Abstandsnahme von den für das Heerwesen in Aussicht genommenen Verbesserungen zu betrachten sei. Auch vernehmen wir von mehreren Seiten als zuverlässig, daß an maßgebender Stelle der Gedanke an die möglichst baldige Durchführung dieser Verbesserungen festgehalten wird. Wie man zugleich versichert, handelt es sich vorzugsweise darum, den Reformplänen auch in finanzieller Beziehung eine entschiedene Vertretung zu sichern. Die heute hier umlaufenden Gerüchte von noch weiteren Personalveränderungen im Staatsministerium entbehren der Begründung. — An Stelle des nunmehr in den Ruhestand tretenden Generals der Kavallerie Grafen v. Rott wird der Prinz von Isenburg mit der Vertretung Preußens am königl. hannoverschen Hofe betraut werden. Der Geh. Legationsrath Graf v. Perponcher, welcher demnächst aus seiner Kammerherrnstellung am Hofe des Prinzen Friedrich Wilhelm ausscheidet, geht als diesseitiger Gesandter nach Neapel, während der für diesen Posten designirte Legationsrath Graf Dirolla auf seinen Wunsch als Vertreter Preußens am königl. schwedischen Hofe beglaubigt werden dürfte.

Wien, 30. Nov. Das österreichische „Reichsgesetzblatt“ publizirt einen Nachtrag zum Preßgesetz, der hauptsächlich gegen die Verbreitung falscher Nachrichten und Verlegung des Amtsgeheimnisses gerichtet ist. — Aus guter Quelle verlautet, daß von Seite des Justizministeriums bereits ein Vorschlag zu Gunsten des öffentlichen und mündlichen Verfahrens bei Zivilprozessen ausgearbeitet worden ist. — Die Italiener haben auch diesmal die im Jahr 1851 eingeschlagene Taktik beobachtet, die Einzahlungen auf die ihnen auferlegte Anleihe nicht selbst zu leisten, sondern die ganze Operation an einige Wiener und ausländische Häuser zu übertragen und es ihnen zu überlassen, die Stücke dann zu verwerthen. Diese Operation ist diesmal für die betreffenden Häuser sehr lohnend ausgefallen, indem venetianisches Anlehen, das noch vor einigen Monaten mit 67 notirt wurde, heute schon im Kursblatt mit 78 figurirt und wahrscheinlich noch höher gehen wird. — Der zum Chef des Präsidialbureau's im Armeoberkommando ernannte k. k. F. M. v. Schmerling ist heute früh aus Frankfurt hier eingetroffen.

Italien.
Turin, 26. Nov. (N. 3.) Aufmerksam gemacht von den französischen Militärbehörden, ist die hiesige Generaldirektion der Douanen hinter das Treiben einer großen Schmugglergesellschaft gekommen, wie es vielleicht noch nie größerer getrieben wurde. Beim Beginn des Krieges gegen Oesterreich war, wie billig, festgesetzt worden, daß der sämtliche Bedarf der französischen Armee aus Frankreich Zollfrei nach Piemont eingeführt werden konnte. Dieser Umstand schien einigen vermögenden Speculanten erwünscht, ihrem Erwerbstrieb eine reich fließende Quelle zu eröffnen, und sie organisirten mit eben so viel Kühnheit als Scharfsinn eine Contraband-Gesellschaft, die, versehen mit gefälschten französischen Papieren und unter Begleitung angeblicher Armeebeamten in französischer Uniform, schon ein halbes Jahr lang in fast täglichen Transporten eine ungeheure Menge Waaren aller Art nach Piemont, der Lombardei und Zentralitalien importirt und dadurch das sardinische Aerar um große Summen benachtheiligt. Man ist sehr gespannt auf die Verhandlungen, da ziemlich hochgestellte Personen sich in dieses profitabile Geschäft eingelassen hatten. — Die Truppen in Mittelitalien beziehen ihre Winterquartiere. Die Offiziere, welche nach Garibaldi's Abdankung ebenfalls ihren Abschied verlangt hatten, haben ihr Gesuch wieder zurückgenommen. Garibaldi wird von allen Seiten angegangen, wieder zu der Armer zurückzukehren. — Die Mailänder haben sich in den letzten Wochen ein trauriges Zeugniß ihrer politischen Reife ausgesprochen; sie, die über das österreichische Vormundschafts-Regiment so laut und unablässig geschrien hatten. Es handelte sich um Aufstellung der Wahllisten zur Wahl der Gemeinde- und Provinzrepräsentanten. Auf den despaß ergangenen

Aufruf an die Bürger zur Einschreibung in die Listen antwortete aber Niemand. Hierauf rückte die offizielle und nichtoffizielle Presse den Trägern zu Leib, solche Leithargie als Schande erklärend für ein freigewordenes Volk. Doch auch dieses zog nicht. Nun sah die Behörde sich genöthigt, sich an die Geistlichkeit zu wenden, damit sie die Bürger von der Kanzel über ihre Rechte und Pflichten aufkläre und sie zum Einschreiben auffodere. O, Freiheit, die ich meine!

*** Genua, 29. Nov.** Baron Niasoli hatte eine Konferenz mit seinen drei Gesandten in Modena und schickte Hrn. Fornetti nach Turin, damit er dort über die Regenschaft verhandle. Der „Corr. mercant.“ klagt Mazzini an, die Unternehmung Pisazane's in Neapel zu erneuern.

Frankreich.
*** Paris, 1. Dez.** Die englischen Blätter hatten wiederholt von einem Rundsreiben gesprochen, welches der Minister Villault an die Präfecten in Betreff der von der französischen Presse gegen England gerichteten Angriffe erlassen habe. Dieselben bringen nun auch zuerst den Wortlaut dieses Aktensüßes. Es ist vom 12. v. M. datirt und lautet:

Mehrere Blätter in Paris und in den Departementen haben seit einiger Zeit bedauerliche Uebertreibungen in ihre Urtheile über England gebracht. Diese Polemik hat nicht nur den Nachtheil, daß sie die (Pandes-) Interessen beunruhigt und die (öffentliche) Meinung aufregt; sie trägt auch noch dazu bei, das Mißtrauen und die Feindschaft zu vermehren, deren leidenschaftliche Schürer gewisse öffentliche Organe in England sind. Wenn diese Angriffe in den Zeitungen vorkommen, welche gewöhnlich die kaiserliche Politik verteidigen, so haben sie einen ernstern Charakter, weil man im Auslande dafür die Regierung verantwortlich macht. Es ist daher von Wichtigkeit, daß die Blätter, auf welche die Regierung einen Einfluß ausüben kann, zu mehr Vorsicht aufgefordert werden. Gewiß ist es nützlich, Irrthümer zu widerlegen, sowie Schmähungen und Ungerechtigkeiten abzuwehren; aber während man mit Energie das Recht und die Absichten Frankreichs verteidigt, wie die Presse es zu thun schuldig ist, muß es leicht sein, die Empfindlichkeit einer großen Nation zu mäßigen und die guten Beziehungen zweier Völker zu wahren. In diesem Maße, welches die Würde der kaiserlichen Politik mit den Interessen unserer Bundesgenossen und mit der Aufrechterhaltung des Friedens vereinigt, müssen die Präfecten auf die Zeitungen und öffentliche Meinung wirken. Für den Augenblick werden sich die H. Präfecten darauf beschränken, diese Anweisung denjenigen Blättern, auf deren Ergebnisse und Verschwiegenheit sie rechnen können, vertraulich mitzutheilen. Gegen die Oppositionsblätter sollen sie nur einschreiten, wenn sich dieselben durch ihre Uebertreibungen ganz offen in Widerspruch zu den Gedanken der Regierung setzen. In diesem Falle müssen diese Blätter unverzüglich dem Minister des Innern angezeigt werden.

Man sagt, die Einladungen zum Kongress für Schweden und Portugal seien schon am Montag abgesandt worden, da die Regierung die an jenem Tag nach beiden Ländern gesandten Kuriere benützen wollte. — Lord Cowley und Fürst Meternich hatten ehegestern im auswärtigen Amt eine gemeinschaftliche Unterredung mit dem Grafen Walowski. Gerüchtwiese werden Graf Walowski und Baron Bourqueney als Bevollmächtigte Frankreichs auf dem bevorstehenden Kongress genannt. — Major Remball, englischer Konsul in Bagdad, ist eben auf dem Wege nach London aus Konstantinopel hier durchgekommen. — Wir erfahren, daß vier schwimmende Batterien nach einem ganz neuen Muster für China gebaut werden sollen, und welche, wie die eisernen Kanonenboote, auf gemischten Schiffen verladen werden sollen. — Wie das „Pays“ sagt, wird die Division der allgemeinen Sicherheit in 3 Bureau's getheilt werden: 1) Politische Korrespondenz; 2) Spezielle Polizei; 3) Verwaltung. — Im Bahnhof von Dijon rannte am 29. v. M. ein Personenzug gegen einen Güterzug; der letzte Personenzug wurde von den Radaren losgerissen und auf den vorliegenden geschleudert, während die Maschine des Personenzugs auf die Radaren aufrannte. 5-6 Personen wurden leicht verwundet. — Die Divisionsgenerale Leboeuf und Frossard sind zu Adjutanten des Kaisers ernannt worden.

Paris, 2. Dez. (L. d. Sch. M.) Eine Depesche des französischen Admirals (im „Moniteur“) bestätigt, daß ein französisches Schiff zwei maroccanische Forts am Eingang zum Teuanfluß zerstört hat, weil sie auf das französische Kriegsschiff geschossen hatten. Sobald diese Handlung der Gerechtigkeit vollzogen war, wurde die Rolle der Neutralität wieder angenommen und der „Foudre“ nach Tanger geschickt, um dem maroccanischen Gewaltthäter (Ratib) ernste Vorstellungen zu machen.

Spanien.
*** Madrid, 30. Nov.** In Folge des Brandes auf dem Dampfer „Genova“ ist das Material des Kanaltelegraphen verloren gegangen. Die jüngsten Nachrichten vom Kriegsschauplatz melden, daß die Mauren sich auf die Berge zurückgezogen und die Offensive aufgegeben haben. Hr. Martinez de la Rosa wird Spanien beim Kongress vertreten.

Dänemark.
Kopenhagen, 1. Dez. (L. d. St.-A. f. W.) Der Versuch Rottwitt's, ein Ministerium zu bilden, ist vorläufig gescheitert. Heute ist er in Begleitung des Etatsraths Westenholtz nach Friedrichsborg zum König gereist.

Für die Brandbeschädigten in Redarbischofheim (Aufruf in Nr. 269 der Karlsruher Zeitung) ist ferner bei und eingegangen: Von E. R. in G. 25 fl.; W. u. E. S. 2 fl. 20 fr.; von Schopfheim 1 fl. Zusammen 28 fl. 20 fr. Im Ganzen 308 fl. 59 fr.

Expedition der Karlsruher Zeitung.
Für die unglückliche Lehrfamilie im Amtsbezirk Eitenheim (Aufruf in Nr. 278 der „Karlsruher Zeitung“) ist ferner bei und eingegangen: Von F. M. 2 fl.; G. R. in G. 5 fl.; H. v. G. 2 fl. 42 fr.; von Schopfheim 1 fl.; G. von Pf. 2 fl. Zusammen 12 fl. 42 fr. Im Ganzen 211 fl. 38 fr.

Expedition der Karlsruher Zeitung.
Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Perm. Kroecke in

